

LAG NRW • Kasernenstraße 6 • 40213 Düsseldorf

Landtag Nordrhein-Westfalen  
Enquetekommission „Kommunalpolitisches Engagement stärken“

### **Enquetekommission „Kommunalpolitisches Ehrenamt stärken“**

**Antrag der Fraktion der CDU über die Einsetzung einer Enquetekommission vom 26. September 2018 „Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“ (Drs. 17/3754)**

**Anhörung am 18. März 2019**

Düsseldorf, 12. März 2019

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

anlässlich der o. g. Anhörung sehen wir uns als Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Nordrhein-Westfalen in der Pflicht, auch unaufgefordert zu einigen Aspekten Stellung zu nehmen.

Frage: Welche Gruppen sind bei Entscheidungen auf kommunaler Ebene (verfasste und nicht verfasste Partizipationsformen) unterrepräsentiert und wie kann hier Abhilfe geschaffen werden?

Frauen, jüngere Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen, deren Bildungs- und Teilhabechancen eingeschränkt sind, sind auf kommunaler Ebene sowohl im Rat als auch in anderen nicht verfassten Partizipationsformen gemeinhin unterrepräsentiert.

Abhilfe könnte geschaffen werden, indem

- der Landtag ein entsprechendes Parité-Gesetz für NRW verabschiedet,
- Parteien verbindliche Quoten einführen, was dazu führt, dass Frauen im Recruiting- und Auswahlprozess häufiger angesprochen und zur Kandidatur ermutigt werden,
- bei Kandidat\*innenaufstellungen durch die Parteien auch Personen ohne Parteibuch berücksichtigt werden - da Frauen seltener Parteimitglied sind,

- die zeitliche Verweildauer in politischen (Führungs-)positionen beschränkt wird, so dass sich häufiger windows of opportunity (u.a.) für Frauen öffnen,
- Parteienstrukturen die (erhobenen) Beitrittsmotive von Frauen berücksichtigen und Raum dafür schaffen,
- die Versammlungs- und Diskussionskultur modernisiert wird und Sitzungen effizienter und demokratischer gestaltet werden (z.B. durch paritätische Redelisten),
- wechselnde Sitzungszeiten und (teilweise) Aufhebung des Anwesenheitsprinzips (z.B. durch Nutzung von Skype),
- öffentliche Mittel für Gutscheine zur Verfügung gestellt werden, z.B. für Kinderbetreuung oder die Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen,

sowie indem

- ergänzende Beteiligungsformaten etabliert werden, die durch Zufallsauswahl der beteiligten Bürger\*innen tendenziell eine repräsentative Zusammensetzung sicherstellen (z.B. Planungszellen).

Frage: Wie ist eine bessere Repräsentativität von Bevölkerungsgruppen, insbes. Frauen, Jüngere, Menschen mit Behinderung unter den Mandatsträgern zu erreichen?  
s.o.

Frage: Wie kann Nachwuchs für das kommunale Ehrenamt gewonnen werden?

Zu den o.g. angeführten Optionen bestehen gerade im Bereich der Gewinnung von Nachwuchs diverse Möglichkeiten:

- Die in vielen Kommunen bereits etablierten Kinder- und Jugendparlamente könnten durch entsprechende Fortbildungsprogramme vor Ort gefördert und unterstützt werden, um später an die weitere Rats- und Ausschussarbeit anknüpfen zu können.
- In den Schulen kann bereits für das kommunalpolitische Ehrenamt durch Informationsveranstaltungen oder die Bildung von Arbeitskreisen und AGs geworben werden.
- Mentorinnen und Mentoren mit kommunalpolitischer Erfahrung könnten Nachwuchskräfte unterstützen und ihr Fachwissen weitergeben.